

Das Cottbuser Heizkraftwerk – Millionengrab dank Braunkohletechnik

**Die Entwicklung anhand von Zitaten aus der
Regionalpresse der Jahre 1993 bis 2009**

Zusammengestellt von René Schuster

Cottbus, 19. April 2009

Für

GRÜNE Netzwerk
LIGA Ökologischer
Bewegungen
Umweltgruppe Cottbus e.V.

Inhaltsverzeichnis:

Zusammenfassung und Bewertung.....	3
1 Der Lobbyismus.....	5
2 Die Verherrlichung.....	10
3 Der Stadtwerke-Skandal.....	11
4 Die Technischen Probleme.....	12
5 Der Sanierungsprozess und die Rolle Vattenfalls.....	13
6 Auswirkungen auf Beschäftigte und Kunden.....	16
7 Die Schuldfrage.....	17
8 Kein Geld für Bus und Straßenbahn ?.....	18

Für die Jahre 1993 bis 1995 erfolgte eine Recherche in Zeitungsartikeln der *Lausitzer Rundschau* und weiterer regionaler Zeitungen. Für die Jahre 2001 bis 2008 wurden die Artikel der im Online-Archiv der Zeitung unter dem Stichwort „Heizkraftwerk“ gesichtet und zusammengefasst.

Abkürzungen:

GuD	Gas- und Dampf
Hkw	Heizkraftwerk
OB	Oberbürgermeister/-in
LR	Lausitzer Rundschau
MB	Märkischer Bote

Zusammenfassung und Bewertung

1 Der Lobbyismus

1993 werden kommunale Stadtwerke gebildet und vielerorts die Beschlüsse gefasst, veraltete Anlagen durch den Neubau von Heizkraftwerken zu ersetzen. Die brandenburgische Landesregierung versucht insbesondere die Städte Potsdam, Cottbus, Brandenburg und Frankfurt(Oder) zu Kraftwerken auf Braunkohle-Basis zu bewegen, auch um ein Beispiel für das Land Berlin zu geben. Die Landesregierung bietet dazu einerseits Fördermittel und droht andererseits mit Repressionen im Falle der Entscheidung für andere Energieträger. Als Potsdam und Brandenburg sich vor allem aus wirtschaftlichen Gründen gegen Braunkohle entscheiden, werden sie Zielscheibe von militanten Protesten der Gewerkschaft IGBE und unausgewogener Berichterstattung in Lausitzer Medien. Cottbus entscheidet sich unter diesem Druck für ein Braunkohle-Heizkraftwerk mit „druckaufgeladener Wirbelschichttechnologie“.

2 Die Verherrlichung

Knapp drei Jahre halten Stolz und Begeisterung nach dem Beschluss der Cottbuser Stadtverordneten an. Unter anderem präsentiert die zuvor als Treuhand-Chefin mit der Privatisierung der Braunkohlewirtschaft befasste Birgit Breuel das Kraftwerk als Objekt der Weltausstellung EXPO 2000. Je näher der Dauerbetrieb rückt, umso verhaltener werden jedoch Politikerjubiläum und die allgemeine Präsenz des Kraftwerkes in der Presse.

3 Der Stadtwerke-Skandal

Im Frühjahr 2005 berichtet die Presse über zuvor verheimlichte Millionenverluste der Stadtwerke durch das Heizkraftwerk. Der „Stadtwerke-Skandal“ ist entstanden.

4 Die Technischen Probleme

Bis ins Jahr 2008 berichtet die Presse in regelmäßigen Abständen von den technischen Problemen des Heizkraftwerkes, die aus der unausgereiften Technologie herrühren. Besserung wird regelmäßig in Aussicht gestellt, tritt aber jahrelang nicht ein.

5 Der Sanierungsprozess und die Rolle Vattenfalls

Hinter dem Ruin der Cottbuser Stadtkasse stehen ausgerechnet die Geldforderungen eines Vattenfall-Tochterunternehmens. Gleichzeitig verdient Vattenfall (anfangs als Lausitzer Braunkohle AG) als Brennstofflieferant kontinuierlich am Heizkraftwerk und stellt sich in der Werbung als „Partner der Region“ dar. Offenbar wurde auch nicht die optimale Kohlequalität geliefert - der daraus für die Stadt resultierende Schaden „in zweistelliger Millionenhöhe“ trug zum Gewinn bei Vattenfall bei. Die Stadt Cottbus beginnt im Herbst 2005 kommunale Betriebe zu verkaufen und bittet das Land um finanzielle Hilfe. Letztlich muss sie ihre Stadtwerke zu drei Vierteln an eine Gläubigerbank abtreten. Vattenfall selbst weigert sich das Kraftwerk zu übernehmen. Das Tochterunternehmen Vasa Energy beteiligt sich schließlich zu einem geringen Teil an der Sanierung. Ende 2008 fällt Vattenfall schließlich der braunkohlehörigen Stadt ganz offen in den Rücken: In einer massiven Kampagne werden Stromkunden der Stadtwerke gezielt abgeworben.

6 Auswirkungen auf Beschäftigte und Kunden

Entgegen den Versprechungen der 1990er Jahre hat das Braunkohle-Heizkraftwerk der Stadt Cottbus weder preiswertere Energieversorgung noch sichere Arbeitsplätze gebracht. Strom und Wärmepreise stiegen. Die Beschäftigten müssen durch Lohnverzicht zur Sanierung beitragen, ein Teil der Stellen wird abgebaut. Der Sparzwang nimmt auch beim Personal der Stadtverwaltung zu.

7 Die Schuldfrage

Die sich in der „Lausitzer Rundschau“ 2005 bis 2008 widerspiegelnde öffentliche Schulddiskussion beschäftigt sich an keiner Stelle mit der Rolle der 1993 bis 1995 als Lobbyisten in Sachen Braunkohle agierenden Personen. Nichtsdestotrotz werden natürlich Verantwortliche gesucht und gefunden. Stadtwerkechef und schließlich Oberbürgermeisterin müssen - sehr wahrscheinlich durch diese Entwicklung mit beeinflusst - den Hut nehmen.

8 Kein Geld für Bus und Straßenbahn ?

In Städten vergleichbarer Größenordnung wie Cottbus sichern die Stadtwerke oft die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, da dieser selten kostendeckend arbeitet. In der Anfang 2009 geführten Debatte um die Streichung oder Verkleinerung der Cottbuser Straßenbahnlinien wird der fehlende Beitrag durch funktionierende Stadtwerke bereits als gegeben hingenommen. Als Cottbus sich nach Bürgerprotesten zur Beibehaltung der Straßenbahn bekennt, steht erneut die Frage „was woanders eingespart werden kann“. Unausgesprochen bleibt, dass genau dieser Finanzmangel letztlich die Folge des Braunkohle-Lobbyismus der 1990er Jahre ist.

Zur Bewertung

1993 galt die Zukunft der Lausitzer Braunkohle als offen: Verkauf der noch in Treuhandbesitz befindlichen Tagebaue und Kraftwerke, Umfang der Abbauplanungen und Großkraftwerksneubauten sowie die beabsichtigte Länderfusion mit Berlin waren nicht entschieden. Es erscheint aus heutiger Sicht schwer begreiflich, dass in dieser Lage die kommunalen Heizkraftwerke von Potsdam, Brandenburg, Cottbus und Frankfurt(Oder) geradezu der Hauptschauplatz der energiepolitischen Diskussion im Land Brandenburg waren. Dies nährt die These, dass sie gezielt dazu gemacht wurden. Die Potsdamer Stadtverordneten saßen weit weg und boten letztlich das ideale Feindbild, um unauffällig eine Drohkulisse gegenüber bedrohten Dörfern wie Horno aufzubauen. In ähnlich militanter Weise wie in Potsdam direkt gegen die Hornoer Einwohner zu demonstrieren, hätte die Braunkohlelobby jedenfalls viele Sympathien gekostet. Gleichzeitig hielt der Heizkraftwerk-Streit die Wut von Entlassung bedrohter Beschäftigter während der Privatisierungsverhandlungen von Käufern wie Verkäufern fern. Der formale Anlass, die unterstellte Signalfunktion für die Energieversorgung Berlins, entfiel spätestens, als 1996 die Länderfusion beim Volksentscheid platzte. Ob das Land Berlin sich jemals nach einem Signal aus der Stadt Potsdam gerichtet hätte, ist nicht nachweisbar.

Die Folgen dieser Kampagne und der aufgebauten Drohkulisse trug letztlich die Stadt Cottbus. Allein das politische Bekenntnis zur Braunkohlewirtschaft zählte, Bedenken technischer wie wirtschaftlicher Art traten weit in den Hintergrund. Obwohl Privatisierung, Stadtwerkebildung und Braunkohlenpläne zwischenzeitlich die politische Bühne passiert hatten, errichtete sie ohne Rücksicht auf Risiken ein kommunales Heizkraftwerk auf Basis der angeblich zukunftsfähigen Technologie.

Gelegentlich wird die Braunkohlelobby mit der Argumentation in Schutz genommen, die Vertragsgestaltung zum Heizkraftwerk sei viel verheerender gewesen als die technischen Probleme. Doch erstens war auch diese Vertragsgestaltung einseitig zugunsten des Braunkohle-Konzerns gestaltet, während jegliches Risiko die Bürger der Stadt Cottbus trugen. Es ist zweitens auch ohne Kenntnis der Details bereits plausibel, dass die Vertragsgestaltung erst dann maximalen Schaden anrichten kann, wenn die Differenz zwischen Betriebsergebnis und vereinbarten Zahlungen durch Havarien u.ä. steigt. Den meisten Presseartikeln zufolge hatte jedenfalls der bei technischen Schwierigkeiten jeweils eintretende Reparatur- und Gasbedarf einen wesentlichen Einfluss auf das Betriebsergebnis. Es fällt zudem auf, dass städtischen Vertretern zwar nachträglich unkluge Entscheidungen en masse unterstellt und zeitweise sogar strafrechtlich untersucht wurden, die Profiteure dieser Unprofessionalität gerieten jedoch bisher nie in den Verdacht ggf. dazu beigetragen zu haben.[verstärkte Entscheidungen zu beeinflussen droht.](#)

1 Der Lobbyismus

1993 werden kommunale Stadtwerke gebildet und vielerorts die Beschlüsse gefasst, veraltete Anlagen durch den Neubau von Heizkraftwerken zu ersetzen. Die brandenburgische Landesregierung versucht insbesondere die Städte Potsdam, Cottbus, Brandenburg und Frankfurt(Oder) zu Kraftwerken auf Braunkohle-Basis zu bewegen, auch um ein Beispiel für das Land Berlin zu geben. Die Landesregierung bietet dazu einerseits Fördermittel und droht andererseits mit Repressionen im Falle der Entscheidung für andere Energieträger. Als Potsdam und Brandenburg sich vor allem aus wirtschaftlichen Gründen gegen Braunkohle entscheiden, werden sie Zielscheibe von militanten Protesten der Gewerkschaft IGBE und unausgewogener Berichterstattung in Lausitzer Medien. Cottbus entscheidet sich unter diesem Druck für ein Braunkohle-Heizkraftwerk mit „druckaufgeladener Wirbelschichttechnologie“.

Im Juni 1993 begann der brandenburgische Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) Verhandlungen mit dem Land Berlin über Lieferungen von Braunkohlestrom. Ihm geht es

„nach Auslaufen des Jahrhundertvertrages über die Steinkohlelieferungen nach Berlin 1995 um Strombezüge aus der Lausitz auf Basis Braunkohle sowie um Heizkraftwerke rund um die Hauptstadt“ (LR, 01.06.1993)

Nach ersten Gesprächen mit Wirtschaftssenator Norbert Meisner berichtet die *Lausitzer Rundschau*:

„(...)In diesem Zusammenhang forderte der Berliner Wirtschaftssenator von Brandenburg erkennbare Zeichen des Einsatzes von Braunkohle im Wärmemarkt des eigenen Landes ein. Genannt sind da offensichtlich die Städte Potsdam und Cottbus. Der Dialog mit den Kommunen soll nun geführt werden und – so Walter Hirche – eine Pilotanlage des umweltfreundlichen und langfristig kostengünstigen Einsatzes von Braunkohle gebaut und gefördert werden.“ (LR, 04.06.1993)

Dabei hatten die beiden Amtskollegen offenbar eine Fusion beider Länder „deutlich vor 1999“ im Hinterkopf (LR, 05.06.1993) Kurz darauf versucht der Minister diesem Dialog mit den Kommunen mit Geld nachzuhelfen:

„Mit 50 Millionen Mark fördert das Brandenburger Wirtschaftsministerium den Bau eines modernen Heizkraftwerkes auf Braunkohlenbasis in Potsdam. Die Förderung des Pilotprojektes erfolge, weil die Entscheidung der Stadt Potsdam wesentliche Ausstrahlung auf weitere Städte im Land, besonders aber auf Berlin haben könne“ (LR, 12.06.1993)

Doch die Stadt Potsdam ist nicht überzeugt:

„Der Magistrat der Stadt Potsdam hat sich gegen die Verwendung einheimischer Braunkohle im neu zu bauenden Heizkraftwerk entschieden. Das Heizkraftwerk soll nun auf Gas-Öl-Basis betrieben werden. Brandenburgs Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) hat den Magistrat gestern dazu aufgefordert, die Entscheidung zu überdenken.“ (LR, 18.06.1993)

Zeitgleich feiert Cottbus die „Silberhochzeit der Stadt mit ihrem Heizkraftwerk“: 25 Jahre Fernwärmeversorgung. Aber „Heute entspricht das Hkw nicht mehr der Wirtschaftlichkeit und der Umwelt.“ (Cottbuser Wochenspiegel, 16.06.1993)

Angesichts der Potsdamer Entscheidung formiert sich die Braunkohle-Lobby, allen voran die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, die eine Entschließung des DGB erwirkt:

„Die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften (...) hätten kein Verständnis dafür, wenn die zukünftige Energieversorgung der Stadt Cottbus ein anderer Energieträger als die Lausitzer Braunkohle ausgewählt würde.“

Den nötigen Nachdruck verschafft der Verweis

„Im Organisationsbereich des DGB-Kreises Cottbus werden dauerhaft 10000 Menschen im Bergbau und in der Energiewirtschaft tätig sein“ (LR, 28.06.1993)

Die Bezirksleitung der IGBE fordert in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten dessen persönlichen Einsatz für ein Kohlekraftwerk (LR, 11.08.1993). Am folgenden Tag schickt die Cottbuser CDU-Fraktion ebenfalls einen offenen Brief an den Potsdamer OB Horst Gramlich (SPD) (LR, 13.08.1993), etwas später der Senftenberger Bürgermeister Graßhoff (CDU) an die Potsdamer Stadtverordneten (LR, 21.08.1993) Minister Hirche führt am 16.08.1993 ein Spitzengespräch zu diesem Thema mit dem Potsdamer OB (LR, 16.08.1993). Der Cottbuser Bürgermeister Werner Labsch (SPD), zugleich Vorsitzender des Braunkohleausschusses, engagiert sich auf dem SPD-Landesparteitag in Seelow mit einem Antrag des Unterbezirkes.

„Ohne die kommunale Selbstverwaltung angreifen zu wollen, ist für Labsch das Gezeter unbegreiflich. Das Land habe energiepolitische Leitlinien, die auf Braunkohle orientieren. Es sei inzwischen eine Schulweisheit, dass der Einsatz von Braunkohle im Verhältnis zu anderen

Energieträgern wirtschaftlich konkurrenzfähig und gleichermaßen umweltgerecht ist.“ (LR, 23.08.1993)

Die *Lausitzer Rundschau* unterstützt die Einflussnahme offen in ihren Kommentaren und zitiert nur in Ausnahmefällen die Bedenken der Potsdamer selbst. In einem nicht als Kommentar kenntlich gemachten Beitrag wird die Stadt Cottbus aufgefordert „das Trauerspiel von Potsdam nicht zu wiederholen“. (LR, 20.08.1993) Würde Potsdam sich für Braunkohle entscheiden,

„wären zehn Millionen Tonnen Kohleabsatz jährlich sowie rund 1000 Arbeitskräfte unmittelbar gesichert.“(LR, 25.08.1993)

Ende September äußert sich eine Arbeitsgruppe des Cottbuser BürgerBündnis Sympathie für „das Angebot eines großen ausländischen Unternehmens, gemeinsam mit den Stadtwerken ein modernes Heizkraftwerk zu errichten, in dem auch Lausitzer Braunkohle Verwendung finden würde.“ (MB, 28./29.08.1993)

Der Potsdamer Kohlestreit sorgt unterdessen für Verstimmungen in der Landesregierung, da auch das Umweltministerium sich das GuD-Kraftwerk eines amerikanischen Anbieters für Potsdam vorstellen kann. Die *Lausitzer Rundschau* hat dazu die Meinung nicht genannter Energieexperten parat:

„Dieses vom Umweltminister favorisierte GuD-Kraftwerk ist nach Auffassung von Energieexperten eine unausgereifte Technologie, die zudem frühestens im Jahre 2000 verfügbar wäre.“ (LR, 01.09.1993)

Für die am 6.10. vorgesehene Entscheidung der Potsdamer Stadtverordneten mobilisiert IGBE-Bezirksleiter Ulrich Freese zu Protesten (LR, 28.09.1993), zudem führt die IGBE am 30.09. Gespräche mit Ministerpräsident M.Stolpe und Vertretern von Landtagsfraktionen (LR, 30.09.1993).

„Die Landesregierung müsse ihren Einfluß geltend machen, um die Potsdamer Abgeordneten wieder auf den Weg der Tugend zu führen.“ (LR, 30.09.1993)

Die IGBE kündigt eine Großkundgebung in Senftenberg an (LR, 04.10.1993), zu der am 05.10. laut LR 20.000 Kumpel erscheinen, um für die Zukunft der Lausitzer Braunkohle zu demonstrieren. (LR, 06.10.1993) Über Nacht findet eine Mahnwache mit 200 Bergleuten vor dem Potsdamer Magistratsgebäude statt, zu Beratungsbeginn waren etwa 1000 Berg- und Energiearbeiter vor Ort.

„Nachdem gestern Lausitzer Kumpel gegen die Zukunft der Braunkohleindustrie gerichtete Flugblätter der Potsdamer SPD vor dem Rathaus auf brennende Briketts geworfen hatten, entschuldigte sich Holger Bartsch, stellvertretender energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion betroffen vor den Bergleuten für solche Brunnenvergiftung, die auf Abbau weiterer 10000 Arbeitsplätze zielt. Er bezeichnete öffentlich die Mitglieder der SPD-Fraktion der Landeshauptstadt nicht mehr als Genossen, sondern lediglich als Mitglieder.“ (LR, 07.10.1993)

Konkreter werden die Angaben zum Inhalt der verbrannten Flugblätter nicht, auch kommt kein Mitglied der Potsdamer SPD in der LR zu Wort. Stattdessen wird großformatig eine weinende Energiearbeiterin gezeigt. Möglicherweise hat es sich bei den verbrannten Flugblättern um eine Reaktion auf die IGBE-Flyer gehandelt, denn diese hatte ja angekündigt „Am 2. Oktober würden zudem in den ferngeheizten Potsdamer Stadtvierteln Handzettel verteilt“ (LR, 30.09.1993). Die Entscheidung wird in Potsdam derweil erst auf den 3.November vertagt, dann wieder auf den 20. Oktober vorgezogen. Die Potsdamer SPD wird als „treibender Keil einer Anti-Kohle-Kampagne“ bezeichnet – wiederum nicht im Kommentar, sondern im (angeblichen) Bericht. (LR, 14.10.1993)

Am 20.10. werden in Potsdam erneut 1000 Bergleute erwartet, die Angestellten können das Magistratsgebäude nur über eine Treppe aus Briketts betreten. Gleichzeitig befasst sich das Kabinett mit dem Problem. Man habe

„die Experten der Kohle- und Stromwirtschaft beauftragt, während der Nacht weiter zu versuchen, gleiche Konditionen für die Stadt Potsdam zu schaffen, wie sie bei einem Erdgaseinsatz möglich wären.“(LR, 20.10.1993)

In geheimer Abstimmung fiel die Potsdamer Entscheidung 64 zu 32 gegen die Braunkohle aus, „erst mal“ wie die *Lausitzer Rundschau* einzufügen bemüht ist.

„Ministerpräsident Stolpe und Wirtschaftsminister Hirche hatten vor dem Stadtparlament noch einmal sehr energisch Meinungen widersprochen, bei den von der Landesregierung angebotenen günstigen Konditionen für die Stadt Potsdam handele es sich um Förderung alter Technologien oder gar um Subventionierung der ostdeutschen Kohle. Nach der Abstimmung besetzten Kumpel und Kraftwerker die Büros der SPD und der CDU in Potsdam. Stolpe und Hirche sprachen ihr Verständnis für diese Haltung aus und riefen den äußerst aufgebracht demonstrierenden die Solidarität der Landesregierung zu. Sie werden nun genau den beabsichtigten Bau des gasbefeuerten Kraftwerkes prüfen, vor allem die Wirtschaftlichkeitsrechnungen unter die Lupe nehmen, vom Kartellrecht Gebrauch machen und die Mittel für die Landeshauptstadt neu bewerten. Was Potsdam gestern Abend verdorben hat, müsse nun in gemeinsamer Solidarität im Land wieder geradegerückt werden.“ (LR, 21.10.1993)

Wirtschaftsminister Hirche bezeichnete die Potsdamer Entscheidung anschließend in einem Interview als „egoistisch und provinziell“ (LR, 22.10.1993), Manfred Stolpe warf ihnen „Trotzhaltung und Bunkermentalität“ vor (LR, 23.10.1993) der (auch hier als Berichterstatter getarnte) Kommentator Harry Müller hielt den Potsdamern vor:

„Der Drang, mit dem Gas und eigener Stadtwerke-Stromerzeugung die schnelle Mark zu machen, um das defizitäre Nahverkehrsgeschäft zu schützen, ist so groß gewesen, dass alle Gefahren übersehen wurden.“ (LR, 22.10.1993)

Bemerkenswert ist die Berliner Reaktion auf die Forderung des brandenburger SPD-Landeschefs Steffen Reiche, „eine Fusion des Landes mit Berlin vom Bezug Lausitzer Braunkohle oder Braunkohlestrom abhängig zu machen“. Der Senatssprecher konterte: „Solange Berlin und Brandenburg den Weg zur Vereinigung nicht unwiderruflich beschritten hätten, könne der Senat wenig zur Lösung der Probleme beitragen.“ (LR, 23.10.1993)

Im Gegensatz zur *Lausitzer Rundschau* gibt der Märkische Bote einen deutlich kritischeren Kommentar zur Kohle-Kampagne der vorangegangenen Wochen:

„Stolpe und Hirche haben sich bedenklich den Anstandsgrenzen genähert, wenn sie die tiefere demokratische Ebene rügen und Repressalien in Aussicht stellen, statt über die Folgen ihrer eigenen verfehlten Lausitz-Politik nachzudenken.“ (MB, 23/24.10.1993)

Noch Tage später muss der Potsdamer OB in Spitzengesprächen mit der Landesregierung begründen, warum die Entscheidung nicht revidiert wird. (LR, 26.10.1993) Gewerkschafter Freese:

„Es ist nicht jener der Blödmann der Nation, der eine fehlerhafte Entscheidung revidiert, sondern der, der eine fehlerhafte Entscheidung durchsetzt.“

In einem (redaktionellen) Beitrag der *Lausitzer Rundschau* wird das Wort „Volksvertreter“ für die Potsdamer Stadtverordneten in Anführungszeichen gesetzt. Der Cottbuser Bürgermeister Werner Labsch (SPD) wird darin wiedergegeben:

„Die Stadt Cottbus als Metropole der Lausitz, sagt Werner Labsch, muss jetzt die eigentliche Rolle der Landeshauptstadt Potsdam in der wichtigen Energiefrage übernehmen.“

Bei der Cottbuser Energieversorgung handele es sich „um dieselben Größenordnungen wie in Potsdam.“ (LR, Mi 27.10.1993) Am 27.10. gibt die Stolpe-Regierung eine kurzfristig anberaumte Regierungserklärung zur Energiepolitik. Am selben Tag wird in Cottbus beschlossen:

„Ein deutliches Bekenntnis zur Lausitzer Braunkohle gab es gestern im Cottbuser Stadtparlament. Es beschloss in erster Lesung die Bildung einer städtischen Strom-GmbH zusammen mit der Essag und den Stadtwerken Gelsenkirchen und legte fest, dass in einem neuen Heizkraftwerk Braunkohletechnologie neuester Art einzusetzen ist.“ (LR, 28.10.1993)

In einer Randspalte findet sich folgende Notiz:

„Bündnis-Fraktionschef Günther Nooke betonte gestern in einer persönlichen Erklärung: Er bedaure, dass seine Bemerkung zur Anwendung rechtsradikaler Mittel durch protestierende Kohlekumpel in Potsdam missverstanden worden sei. Nooke habe die Kumpel keineswegs in die rechte Ecke stellen, vielmehr vor sogenannten Trittbrettfahrern warnen wollen, nachdem im Potsdamer Rathaus skandalöse Schmierereien – darunter ein Hakenkreuz – entdeckt wurden.“ (LR, 29.10.1993)

In einem Interview mit Peter Sohst vom Umweltministerium gibt dieser einige Tage später zu bedenken:

„Fakt ist, dass die Laubag lange Zeit von RWE darin gebremst wurde, gute Angebote an die Stadtwerke zu machen – weil man ganz einfach erst die Entscheidung im Stromstreit abwarten wollte. Das Problem besteht darin, dass die VEAG-Kraftwerke nicht ausgelastet sind und man von Seiten der RWE nicht einer potentiellen Stromkonkurrenz (Stadtwerke) auf die Beine helfen wollte... Der Fehler wurde also aufgrund der unterschiedlichen, teilweise entgegengesetzten Interessen innerhalb des Kartells RWE begangen. Und ein Ulrich Freese, der ja im Aufsichtsrat der Laubag sitzt und dies wissen müsste, schickt seine Kumpel nach Potsdam und lässt sie gegen die Kommunalpolitiker demonstrieren. So schafft man Nebenkriegsschauplätze...“ (LR, 11.11.1993)

Die IGBE setzt auf der Kreisdelegiertenkonferenz des DGB folgenden Beschluss durch:

„Die Kommunalparlamente sollten von ihren Absichten, mit eigenen Stadtwerken und Produktionskapazitäten Strom zu produzieren, Abstand nehmen.“ (LR, 17./18.11.1993)

In einer öffentlichen Anhörung der Stadtverordneten am 16.11. prallten die Vorstellungen eines kleinen Kraftwerkes, „das die Stadt allein finanzieren kann“ (PDS) und eines großen Kohle-Gasturbinenkraftwerkes (SPD/MUNR) aufeinander. Letzteres bringe „Weltruhm durch Kohleverbrennung“. (MB, 18.11.1993, LR, Fr 19.11.1993)

Ende März mussten sich Cottbuser Stadtpolitiker noch einmal in einem öffentlichen Forum vor allem vor der IGBE und Betriebsräten zum Braunkohle-Heizkraftwerk bekennen, nachdem diese Anzeichen dafür, sahen,

„dass das Cottbuser Votum für die Kohle etwa Aufgeböten vom amerikanischen Konzern Westinghouse oder anderen zum Bau eines gasbetriebenen Heizkraftwerkes weichen könnten.“ (LR, 29.03.1993)

Mit Wirkung zum 29. Juni 1994 erfolgte die Spaltung des Bergbaubetriebes in LAUBAG und LBV (Märk.Bote 13./14.8.1994) sowie am 06. September 1994 die Privatisierung von Tagebaubetreiber LAUBAG und Kraftwerksbetreiber VEAG. (LR, 07.09.1994). Im Juli 1994 wurde den Cottbuser (und anderen) Stadtwerken durch das Wirtschaftsministerium die Stromerzeugung genehmigt. (LR, 21.07.1994) Bekräftigt wird die eigene Fernwärmeerzeugung, denn

„die Konkurrenzsituation wird Arbeitskräfte binden und bei der Energiepreisgestaltung für die Cottbuser förderlich wirken.“ (LR, 07.09.1994)

Am 11.09.1994 errang in der Landtagswahl die SPD die absolute Mehrheit von 53,5 Prozent, Bündnis90/Grüne, FDP und Bürgerbündnis zogen nicht wieder in das Parlament ein. In der Folge wird Burkhard Dreher neuer Wirtschaftsminister, Matthias Platzeck bleibt als parteiloser Umweltminister im Kabinett. (LR, 15.09.1994)

In Cottbus wird derweil noch einmal das Konzept des Hkw diskutiert:

„(...) Einen finanziell revolutionären Ausweg aus der Energiekrise präsentierte am Donnerstagabend der US-Konzern Westinghouse (...) Nagelneue Heizkraftwerk für 275 Millionen Mark auf Kosten des Investors, der keinen Pfennig öffentlicher Subventionen will. Und dennoch billiger liefert als Mitbewerber. (...) Das bei Einsatz von rund 300.000 Tonnen Braunkohle jährlich (Forderung der Stadtverordneten: Braunkohle-Basis) und Zuschaltung einer (Erd)Gasturbine in Spitzenzeiten.

(...) Cottbus erzeugt mit dem neuen „Hkw“ völlig autark Strom und Fernwärme selbst und scheidet als Abnehmer von Jänschwalder Fernwärme und Essag-Strom aus. Einspruch von Werner Labsch, scheidender Vorsitzender des Braunkohlenausschusses, der auf einen Widerspruch zwischen Westinghouse-Komplettlösung und Stadtverordnetenbeschluss hinwies. (...) Die Jänschwalder „Abfall-Wärme“ müssen die Stadtwerke derzeit viel teurer beziehen als selbsterzeugte, den Strom über die Essag ebenfalls.

Nicht diskutiert bei der Verkaufsveranstaltung im Maritim wurden am Donnerstag die verschlungenen Hintergründe: Je stärker Stadtwerke werden, desto schwächer wird die Mitgliederbasis der Gewerkschaft Bergbau und Energie. Denn Stadtwerkemitarbeiter werden von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) betreut. Und da gibt es im Untergrund Einflusskämpfe.“ (LR, 24.09.1994)

Mit Brandenburg/Havel entschied sich Ende 1994 ein zweite Stadt für ein erdgasbefeuertes Heizkraftwerk, was in der *Lausitzer Rundschau* als „Anti-Lausitz-Beschluss“ bezeichnet wird. Landeswirtschaftsminister Burkhard Dreher reagiert ähnlich wie sein Vorgänger ein Jahr zuvor:

„Sein Ministerium werde diese Entscheidung spätestens bis Ende des ersten Halbjahres 1995 kritisch prüfen (...) Möglich sei, dass er im Anschluss die Genehmigung versage und damit das Gas-Projekt zunächst stoppe.

Die Brandenburger „Ausrede“, man sei sich der finanziellen Hilfen des Landes nicht sicher, bezeichnete Dreher als nicht nachvollziehbar. (...) Zudem habe sein Ressort der Havelstadt 50 Millionen Mark zugesichert, um mögliche finanzielle Nachteile aus der Verwendung der Braunkohle auszugleichen.“ (LR, 02.12.1994, „Dreher will Gasentscheid prüfen“)

„Brandenburg indes glaubt, durch Erpressung reich zu werden: Gewerkschafter haben herausgefunden, dass das Unternehmen Erdgas-Mark Brandenburg die Verlagerung eines Teils ihrer Verwaltung – von 60 gewonnenen Arbeitsplätzen für Brandenburg ist die Rede – an die Havel von der Heizkraftwerksentscheidung abhängig gemacht habe. Schlichte, einfache Erpressung wäre das also. (...)“ (LR, 02.12.1994 „Brandenburg, das Leben geht weiter“ – Autor Harry Müller)

Die Ankündigung Braunkohlelösungen „durch die Landesregierung mit zweistelligen Millionenbeträgen zu fördern“, wird im März 1995 noch einmal konkretisiert: Brandenburgs Wirtschaftsminister Burkhard Dreher hat

„in einem Brief dieser Tage wissen lassen, dass das Land 50 Millionen DM bereitstellt. Voraussetzung ist, es wird ein Heizkraftwerk mit innovativer Braunkohlentechnologie und auch weiterhin wird ein Teil der Fernwärme aus Jänschwalde bezogen. Weitere Bedingung:

Mindestens 90 Prozent Braunkohle sind im neuen Heizkraftwerk einzusetzen, was einer Jahresmenge von etwa 500 000 Tonnen entsprechen soll. Das ist eine Woche Arbeit für die Belegschaft eines großen Tagebaues. (...)

Es könnte – das steckt schließlich auch in den Bedingungen des Wirtschaftsministeriums – ein neues Cottbuser Heizkraftwerk mit Wirbelschichtbraunkohle zu einem Wallfahrtsort für interessierte Techniker, Wirtschaftsfachleute und Kommunalpolitiker werden. Die zugesagten 50 Mio. DM vom Land haben also nichts mit Subventionierung auslaufender Energieträgermodelle zu tun. Vielmehr stellen sie die Förderung von neuen Technologien bei der Veredlung einheimischer Braunkohle dar. (...) Wie gesagt, auch die Variante des vollständigen Fernwärmebezugs aus dem Kraftwerk Jänschwalde rückt stärker in den Blick. Wirtschaftsminister Dreher sagte im Falle des Entscheids der Kommune dafür gleichfalls Förderung zu. Voraussetzung hierfür wären allerdings wettbewerbsfähige Preise. Fakt ist, beide Varianten wären eine Kohlelösung im Sinne der Lausitz, ihrer Strom- und Kohlewirtschaft. Eine klare Absage ist seitens des Wirtschaftsministeriums an die Förderung einer Verbundlösung Erdgas/Braunkohle (Westinghouse-Variante) erteilt worden. Dabei hätte ein Braunkohleeinsatz von rund 40 Prozent lediglich Alibifunktion für den Erdgasanteil von 60 Prozent.“ (LR, 17.03.1995 „Geld für Kohle – nicht für Gas“ – Autor Harry Müller)

Am 26.04.1995 beraten die Cottbuser Stadtverordneten in erster Lesung. Die *Lausitzer Rundschau* befragt im Vorfeld die Fraktionen: Bündnis90/Grüne (Hans-Joachim Weißflog) und Bürgerbündnis/Unabhängige (Markus Derling) bedauern, dass die Hybrid-Lösung nicht mehr zur Abstimmung steht. Die PDS bringt „den Ärger ihrer Fraktion über die Einengung der Entscheidungen des Parlamentes durch die Landesregierung zum Ausdruck.“ Frank Szymanski (SPD) und Marion Hadzik (CDU) „tragen uneingeschränkt die druckaufgeladene Wirbelschicht-Lösung, die den Volksvertretern als Vorlage zugegangen ist.“ (LR, 26.04.1995)

Im Ergebnis wurde „in erster Lesung mit 48 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung für den Bau des neuen Kraftwerkes auf der Basis einer druckaufgeladenen Wirbelschichtfeuerung“ abgestimmt. Lediglich die FDP strebte eine zweite Lesung an. (LR, 27.04.1995)

2 Die Verherrlichung

Knapp drei Jahre halten Stolz und Begeisterung nach dem Beschluss der Cottbuser Stadtverordneten an. Unter anderem präsentiert die zuvor als Treuhand-Chefin mit der Privatisierung der Braunkohlewirtschaft befasste Birgit Breuel das Kraftwerk als Objekt der Weltausstellung EXPO 2000. Je näher der Dauerbetrieb rückt, umso verhaltener werden jedoch Politikerjubiläum und die allgemeine Präsenz des Kraftwerkes in der Presse.

Im Frühjahr 1997 wird das Hkw als EXPO-Projekt nominiert:

„Die Technologie des künftigen Cottbuser Heizkraftwerkes (...) wird möglicherweise als Projekt auf der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover ausgestellt. Eine Bundesjury hat aus 321 eingereichten Vorschlägen die innovative Cottbuser Technologie zur umweltgerechten Stromerzeugung vorausgewählt. Durch die Inbetriebnahme der Druckwirbelschichtanlage könne auch in Zukunft gewährleistet werden, dass die Braunkohle langfristig einen festen Anteil an der Energieerzeugung haben werde. Das erklärten gestern auf einer Pressekonferenz in Erfurt die Generalkommissarin der Expo 2000, Birgit Breuel und Thüringens Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel. Das neue Cottbuser Heizkraftwerk könne mit seiner neuen, richtungsweisenden Technologie auch für andere Kommunen und Länder interessant sein.“ (LR, 15.04.1997: „Neues Heizkraftwerk auf Expo 2000?“)

Zur Grundsteinlegung erscheint Ministerpräsident Manfred Stolpe und lobt

„Die richtungsweisende, für Deutschland einmalige und modernste Technologie des Hkw (...) Das Vorhaben stoße die Zukunftstür für die Braunkohle auf, so der Landesvater weiter.“ (LR, 10./11.05.1997)

Und der *Märkische Bote* titelte:

„Gestern begann die energiewirtschaftliche Zukunft der Stadt“ (MB 10./11.05.1997)

Doch es gab auch andere Nachrichten:

„Nur etwa 40 der derzeit 120 Mitarbeiter des Heizkraftwerkes werden im neuen Werk ab 1999 noch Arbeit haben. Darüber wurde gestern bei einem Besuch von Oberbürgermeister Waldemar Kleinschmidt auf der Hkw-Baustelle informiert.“ (LR, 04.01.1998)

In derselben Ausgabe geht der Jubel weiter:

„Die Organisatoren der Aktion „Schaustelle Berlin“ wollen mit ihrer besucherträchtigen Idee jetzt auch in die Provinz ziehen, sagte gestern beim Vor-Ort-Termin im Hkw Wirtschaftsdezernent Markus Derling. Und das nicht irgendwohin, sondern nach Cottbus zum neuen Heizkraftwerk wegen seiner innovativen Technologie und Bauweise. (...) Auch an das Einrichten eines „Ausstellungs-Pavillons auf dem Kraftwerksgelände wird schon gedacht.“ (LR, 04.01.1998)

Vom Baufortschritt wird im folgenden gelegentlich berichtet. Dabei werden auch die Kosten genannt:

„Die Kosten für den Neubau betragen insgesamt 350 Millionen Mark. An der Finanzierung beteiligen sich die EU mit 12,5 Millionen Mark und das Land Brandenburg mit 50 Millionen Mark.“ (LR, 13.01.1998)

In den Jahren 2001 bis 2003 taucht das Heizkraftwerk im Online-Archiv der *Lausitzer Rundschau* nicht ernsthaft auf, lediglich Führungen zum Thema „100 Jahre Strom in Cottbus“ werden angekündigt (LR, 23.04.2003), der Hitzesommer 2003 führte zu Kühlwassermangel (LR, 14.08.03) und ein Kohleförderband musste repariert werden (LR, 19.8.03).

Im März 2004 berichtet Geschäftsführer Walter den Stadtverordneten

„Die Cottbuser Stadtwerke wollen mit ihren Stammsparten Wärme und Strom 2006 wieder schwarze Zahlen schreiben. (...) Technologische Schwierigkeiten im Heizkraftwerk seien ausgeräumt (...) Rückstände im Kessel hatten bislang die Siebe verstopft; zur Reinigung musste jedes Mal der Kessel vom Netz genommen werden. (...) Ingenieure suchen seit dieser Woche nach weiteren technischen Optimierungen.“ (LR, 19.03.04)

In der Feinstaub- und Luftschadstoffdebatte wird das Kraftwerk weiterhin positiv hervorgehoben. (LR, 01.04.2004)

3 Der Stadtwerke-Skandal

Im Frühjahr 2005 berichtet die Presse über zuvor verheimlichte Millionenverluste der Stadtwerke durch das Heizkraftwerk. Der „Stadtwerke-Skandal“ ist entstanden.

Im Mai 2005 wird berichtet, die Stadt prüfe den Verkauf von Anteilen an städtischen Unternehmen:

„Der Prozess sei bei den Stadtwerken und ihren Tochter-Unternehmen überaus schwierig, da beispielsweise „das Heizkraftwerk wirtschaftlich nicht mehr darstellbar ist“ OB Karin Rätzel: „Das Hkw hätte aus wirtschaftlicher Sicht nicht gebaut werden dürfen.“ Konkreter wolle sie wegen der laufenden Verhandlungen nicht werden.“ (LR, 07.05.2004)

Das Ausmaß wird offensichtlich, als die LR offen von der drohenden Insolvenz berichtet:

„Die Stadtwerke Cottbus haben das Geschäftsjahr 2004 mit einem Verlust von mehr als 17 Millionen Euro abgeschlossen. Das sind fast zehn Millionen Euro mehr als geplant. Grund sind offenbar ungelöste Probleme mit dem Heizkraftwerk, die zu Einnahmefällen führen. (...) Oberbürgermeisterin Karin Rätzel: (...) Erneut drohe eine technologische Neuerung, die auch von der Politik teilweise euphorisch begrüßt wurde, in ein wirtschaftliches Desaster zu münden. Statt Kohle werde Geld verbrannt, sagen Eingeweihte. (...) „Verheerend wirke sich aus, so sagen Fachleute, dass die Finanzierungsabkommen nicht an den Strompreis gebunden sind. Wenige Monate nach Inbetriebnahme des Hkw wurde der europäische Strommarkt liberalisiert. Die Preise sackten ab, und dadurch die zu erzielenden Erlöse. Die technologischen Probleme aber sind noch lange nicht behoben. Durch Anbackungen gibt es immer wieder Stillstände. Statt mit Wirbelschichtkohle muss das Hkw zeitweise mit Gas befeuert werden, um fast 38 000 Wohnungen und nahezu 70 000 Kunden in Cottbus und Umgebung mit Wärme und Strom zu versorgen.“

Das „Bekennnis zur Braunkohle als Energieträger“ bleibe allerdings. (LR, 20.05.2005)

(...) Eine solche Anlage war bisher nur auf Steinkohlebasis gebaut worden und wurde bis heute nach *Rundschau*-Recherchen auch nicht wieder errichtet. Preiswertere Angebote auf Kohle oder Gasbasis bekamen damals in Cottbus keine Chance.

„ (...) Stattdessen wurden die Hkw-Verluste durch gewinnbringende Bereiche der Stadtwerke aufgefangen. Das Ausmaß der Probleme blieb der Öffentlichkeit verborgen. (...)

Aus diesen Papieren geht außerdem hervor, dass drei Jahre lang nach Einweihung der Anlage jährlich vier Millionen Euro Vertragsstrafe des Herstellers fällig wurden, weil der Kessel immer wieder heruntergefahren werden musste. Danach endete offensichtlich die Garantiefrist, doch die Probleme blieben und die Verluste wuchsen weiter.“ (LR, 08.06.2005)

Im Jahr 2003 war der Verlust verschleiert worden:

„Nach *Rundschau*-Recherchen handelt es sich bei dem bisher nur wenigen Eingeweihten bekannten Geschäft um den Ende 2003 erfolgten Verkauf eines Teils des Cottbuser Fernwärmenetzes durch die Stadtwerke. Die Leitungen, die für die Wärmeversorgung tausender Wohnungen unverzichtbar sind, wurden dann vom Käufer zurückgeleast. Das bedeutet: Für das Wärmenetz, das den Stadtwerken früher gehörte, muss nun jeden Monat kräftig Geld bezahlt werden.

Hintergrund war offenbar schon damals akuter Geldmangel der Stadtwerke. Hauptursache dafür wie bei der derzeitigen Finanzkrise: die hohen Verluste durch das Betreiben des Heizkraftwerkes. Der Netzverkauf soll nach *Rundschau*-Recherchen etwa 30 Millionen Euro eingebracht haben, die offenbar zu Deckung des schon damals vorhandenen Defizits verwendet wurden. (LR, 18.06.2005)

„Danach betrug der Stadtwerke-Verlust, bereinigt um Einmaleffekte, schon seit 2002 jährlich 15 bis 17 Millionen Euro. Das wurde Ende 2003 teilweise kaschiert durch den Verkauf eines Teils des Fernwärmenetzes der Stadt für 30 Millionen Euro mit anschließendem Rückleasing.“ (LR 12.10.2005)

„Ohne Sanierung der Stadtwerke, die durch ein technisch instabiles Heizkraftwerk (Hkw) in die Schieflage gerieten, müsse jährlich ein Defizit von acht bis zehn Millionen Euro ausgeglichen werden – über die nächsten 20 Jahre. So lange laufen die Verträge mit Banken und Anleger-Fonds noch. Zu festgelegten Zahlungen. Die Risiken aus Preissenkungen auf dem Markt und den technischen Schwierigkeiten liegen allein bei den Stadtwerken. So erreichte das Heizkraftwerk teilweise nur eine Verfügbarkeit von 60 statt der geplanten 83 Prozent.“ (LR, 19.10.2005)

4 Die Technischen Probleme

Bis ins Jahr 2008 berichtet die Presse in regelmäßigen Abständen von den technischen Problemen des Heizkraftwerkes, die aus der unausgereiften Technologie herrühren. Besserung wird regelmäßig in Aussicht gestellt, tritt aber jahrelang nicht ein.

„Mindestens viermal kam es im vorigen Jahr erneut zu Anbackungen oder anderen technischen Problemen in dem Druckkessel. Das belegen interne Unterlagen, die der RUNDSCHAU vorliegen. Danach kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass es immer wieder zu solchen „Anbackungen“ und damit teurem Zwangstillstand kommen kann. Aus diesen Papieren geht außerdem hervor, dass drei Jahre lang nach Einweihung der Anlage jährlich vier Millionen Euro Vertragsstrafe des Herstellers fällig wurden, weil der Kessel immer wieder heruntergefahren werden musste.“ (LR, 08.06.2005)

„Immer wieder technische Probleme durch Anbackungen. Je nach Jahreszeit wird dadurch ein mehrtägiger Stillstand des Brennkessels verursacht, der nach Angaben von Fachleuten zusätzliche Kosten in sechsstelliger Höhe verursacht. (LR, 18.06.2005)

„Die Wirbelschicht-Technologie im Heizkraftwerk (Hkw) in Dissenchen macht derzeit erneut Probleme. Die Stadtwerke bestätigten gestern, dass das Hkw seit 29. Dezember 2005 still steht. Grund sind erneut Anbackungen in einem Ascherohr. Deshalb musste der Kessel heruntergefahren werden. Das Hkw versorgt Cottbus derzeit mit Wärme aus Kesseln, die mit Gas und Öl gefeuert werden. Nach Angaben des Aufsichtsrats-Mitgliedes Sven Pautz wird so täglich ein Verlust von 100 000 Euro verursacht, da Gas und Öl als Brennstoff teurer sind als Braunkohle.“ (LR, 11.01.2006)

„Erst seit gestern ist das seit 29. Dezember still stehenden Hkw wieder in Betrieb“ (LR 14.01.2006)

„Zu einer Havarie mit Brandfolge kam es gestern früh im Cottbuser Heizkraftwerk. Nach Auskunft von Klaus-Dieter Kryszon von der Cottbuser Berufsfeuerwehr war im Kraftwerk planmäßig eine Strom erzeugende Turbine außer Betrieb genommen worden, weil sie gewartet werden sollte. Dabei sei aus einem Ventil Öl ausgetreten, das sich auf der heißen Oberfläche der Turbine in acht Meter Höhe entzündete, was zu einem Brand führte.“ (LR, 23.01.2006) Der Brand, so Oberbürgermeisterin Karin Rätzel bei einem Hkw-Besuch gestern Abend, hätte „nach bisherigen Erkenntnissen nicht passieren dürfen. Das wird harsche Konsequenzen haben.“ (LR, 24.01.2006)

„Studenten der Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Lausitz (FHL) in Senftenberg haben in den vergangenen Wochen die öffentlich zugänglichen Bilanzen und Lageberichte der Stadtwerke Cottbus analysiert. (...) „In jedem Jahr steht im Lagebericht, dass das Heizkraftwerk im nächsten Jahr störungsfrei laufen wird“, fasste einer der Studenten das lange verfolgte Prinzip Hoffnung zusammen.“ (LR, 27.06.2006)

„Das anfällige Heizkraftwerk laufe zwar, heißt es, doch der Instandhaltungs- und Reparaturaufwand soll um mehr als vier Millionen Euro teurer sein als geplant. Dabei wirke sich aus, dass neben der geplanten Instandhaltung unvorhergesehene Stopps zu hohen Beschaffungskosten am Strommarkt führen.“ (LR, 22.12.2006)

„Harte Asche-Anbackungen in der mechanischen Rauchgasreinigung sorgen weiter für Probleme beim Betrieb des Cottbuser Heizkraftwerks (Hkw). Wie erst jetzt bekannt wurde, war der Fernwärmeerzeuger im Januar etwa 20 Tage lang nicht am Netz.“ Ursache für den Stillstand, der zusätzliche Kosten von etwa einer Million Euro verursachte, waren erneut abgeplatzte Ascheablagerungen (...). „Wir wissen bis heute nicht genau, was die Ursache für die Entstehung dieser Belege ist und wie schnell sie wachsen“, sagt Lipinski, der sich seit einem Dreivierteljahr um die technischen Abläufe in der Anlage kümmert. (LR, 27.02.2007)

„Im Moment läuft die Anlage stabil, aber es ist schwer prognostizierbar, ob das so bleibt“, sagt Stadtwerkechef Christoph Köther. (LR, 21.12.2007)

Die technisch bedingten Ausfallzeiten würden Kosten in siebenstelligen Bereichen verursachen. „Wir wissen Anfang des Jahres nie, was durch die Stillstände an Kosten tatsächlich auf uns zu kommt.“ AUB-Stadtverordneter Kaps vermutet, dass deshalb sowohl die Stadt als auch die DKB weiter am Verkauf ihrer Anteile interessiert seien. (LR, 30.04.2008)

„Durch die Änderung von technischen Prozessen läuft das Heizkraftwerk jetzt stabiler und an mehr Tagen im Jahr. So ist durch die Aufbereitung der Heizflächen der Wirkungsgrad der Anlage verbessert worden und durch den Einsatz neuer Technologien zur Beseitigung der Ablagerungen in den Zyklonen konnten die Ausfallzeiten des Kohlekessels minimiert werden.“ (LR, 29.07.2008)

5 Der Sanierungsprozess und die Rolle Vattenfalls

Hinter dem Ruin der Cottbuser Stadtkasse stehen ausgerechnet die Geldforderungen eines Vattenfall-Tochterunternehmens. Gleichzeitig verdient Vattenfall (anfangs als Lausitzer Braunkohle AG) als Brennstofflieferant kontinuierlich am Heizkraftwerk und stellt sich in der Werbung als „Partner der Region“ dar. Offenbar wurde auch nicht die optimale Kohlequalität geliefert - der Schaden daraus für die Stadt „in zweistelliger Millionenhöhe“ trug zum Gewinn bei Vattenfall bei.

Die Stadt Cottbus beginnt im Herbst 2005 kommunale Betriebe zu verkaufen und bittet das Land um finanzielle Hilfe. Letztlich muß sie ihre Stadtwerke zu drei Vierteln an eine Gläubigerbank abtreten. Vattenfall selbst weigert sich das Kraftwerk zu übernehmen, das Tochterunternehmen Vasa Energy beteiligt sich schließlich zu einem geringen Teil an der Sanierung. Ende 2008 fällt Vattenfall schließlich der braunkohlehörigen Stadt ganz offen in den Rücken – in einer massiven Kampagne werden Stromkunden der Stadtwerke gezielt abgeworben.

Bereits im Juni 2005 wird die Rolle Vattenfalls als Profiteur der Pleite erkennbar:

„Es wurde versäumt, die Refinanzierungs-Zahlungen für den Bau des Heizkraftwerkes an die Preisentwicklung auf dem Strommarkt zu koppeln. So bleiben die Millionen-Forderungen des Kraftwerks-Finanziers Vasa Energy gleichbleibend hoch, während der Strompreis durch die Liberalisierung der Märkte zeitweise bis auf die Hälfte absackte. (...) Man wolle sich mit den Gläubigern, vorrangig mit Vasa Energy einigen. Das Tochter-Unternehmen von Vattenfall soll auf Geld verzichten oder zumindest fällige Zahlungen stunden. Damit soll auch Personalabbau bei den Stadtwerken verhindert werden.“ (LR, 26.05.2005)

Seine technischen und finanziellen Probleme erfolgreich in den Griff bekommen hatte gleichzeitig das Heizkraftwerk Senftenberg, Eigentümer und Betreiber ist die Gesellschaft für Montan- und Bautechnik mbH (GMB), eine Vattenfall-Tochtergesellschaft. (LR, 18.06.2005)

Für Mitte Juli wird ein Sanierungsplan des Wirtschaftsberatungs-Unternehmens PriceWaterhouseCoopers angekündigt. (LR 01.07.2005)

Die Gläubigerbanken rufen nun nach Landesmitteln:

„Die Bayrische Hypovereinsbank bat Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD) darum, dass sich „die öffentliche Hand entsprechend stark engagiert“, um eine Insolvenz der Cottbuser Stadtwerke zu verhindern. Denn sollte es doch noch zur Pleite kommen, so sieht die Bank die Kommune in der Haftung. Die Hypovereinsbank ist direkter Kreditgeber und Vertreter eines Konsortiums von neun Geldinstituten, die den Heizkraftwerkbau finanziert haben.“ (LR, 16.08.05)

Währenddessen steigt der Fehlbetrag:

„Von mindestens 25 Millionen Euro Fehlbetrag ist seit einer nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten am Montagabend die Rede (die RUNDSCHAU berichtete). Bisher ging es um etwa 17 Millionen Euro Verlust aus dem Vorjahr, vor allem durch das neue Heizkraftwerk.“ (LR, 9.11.2005)

Cottbus beschließt aufgrund der Stadtwerke-Probleme sein Stadtreinigungs-Unternehmen Costar zu 100 Prozent an Alba zu verkaufen, die zuvor bereits 49 Prozent hielten. Zuvor waren Mehrheitsverkäufe kategorisch ausgeschlossen worden.

„Das Geld – nach RUNDSCHAU-Informationen knapp fünf Millionen Euro – fließt direkt in die Stadtwerke, die die Muttergesellschaft der Costar sind.“ (LR, 10.10.2005)

„Sowohl Karin Rätzel als auch mehrere Stadtverordnete erklärten, durch den geplanten Verkauf der Costar werde sich an den Müllgebühren für die Bürger nichts ändern. Mit dem Verkauf des kommunalen Stadtreinigungsunternehmens, einer Stadtwerke-Tochter, zu 100 Prozent werde eine Fehlentscheidung der Stadt korrigiert. Die Stadtwerke hatten die Costar 1999 für umgerechnet etwa 16 Millionen Euro gekauft – ein überhöhter Preis, der durch die Gewinne des Entsorgers in den vergangenen Jahren allein nicht zu finanzieren war. Das Geld versickerte im städtischen Haushalt. Der Costar-Verkauf sei Teil des Sanierungsplans, der in den nächsten Wochen endgültig vereinbart werden soll.“ (LR, 19.10.2005)

Landesregierung und Vattenfall sollen nun - gewissermaßen als Verursacher – in die Pflicht genommen werden:

„Mehr als fünf Millionen Euro hat die Stadt bereits für den Haushalt 2006 eingeplant, die für die Sanierung der Stadtwerke und den Betrieb von Cottbusverkehr bereitstehen sollen. (...) Das Kabinett in Potsdam will sich in diesen Tagen mit der Situation befassen. (...) Auch ein dritter potenzieller Partner der Sanierung hüllt sich in Schweigen. Ein Engagement des Energieriesen Vattenfall im Heizkraftwerk liegt allerdings fachlich so nahe, dass dieses Gerücht schon lange durch Cottbus wabert. Vattenfalls Braunkohle-Staub wird im Heizkraftwerk verfeuert; auch der umfassende politische Einsatz vor dem Hkw-Bau diente der Stabilisierung des Vattenfall-Vorgängers Laubag. Der Energie-Konzern könnte, so die von Hoffnung genährte Vorstellung, das Hkw als Forschungskraftwerk betreiben und daran arbeiten, die zwar moderne, aber anfällige Wirbelschicht-Technologie doch noch zum Laufen zu bekommen. Die Versorgung der Stadt mit Wärme und Strom, so sagen Fachleute, könne relativ problemlos über das Kraftwerk Jänschwalde erfolgen.“ (LR, 10.10.2005)

Beim Steuerzahler gibt es recht schnell eine Zusage:

Das Brandenburger Kabinett hat gestern den Weg für bis zu fünf Millionen Euro Hilfe für die defizitären Cottbuser Stadtwerke freigemacht. Die Unterstützung ist jedoch an Bedingungen geknüpft: Ein schlüssiges Gesamtkonzept mit angemessener Verteilung der Verluste auf alle Beteiligten muss her. (LR, 12.10.2005)

„Die vom Land in Aussicht gestellten fünf Millionen Euro werden nach Vorlage des Sanierungskonzeptes in den nächsten Jahren ausgezahlt. Dabei wird mit zunächst 1,3 Millionen Euro von 2006 bis 2008 der öffentliche Nahverkehr gestützt. Für 2009 sind 1,1 Millionen Euro vorgesehen.“ (LR, 19.10.2005)

Während Vattenfall die Übernahme des Kraftwerkes ablehnt, ist die Stadtspitze ratlos:

„Wir haben unsere eigene Strategie in der Kraftwerksplanung. Das Heizkraftwerk ist viel zu groß für ein Forschungskraftwerk“, sagte Vattenfall-Sprecher Peter Fromm gestern. Außerdem werde das Unternehmen auch keine Anteile an den Stadtwerken übernehmen. (...)

Möglicherweise wäre Cottbus das problembeladene Kraftwerk schon lange losgeworden – an Vattenfall. Eine Übernahme des Heizkraftwerkes durch den Konzern sei, so wird berichtet, schon einmal Gesprächsthema gewesen. Vor etwa fünf Jahren, als der Konzernsitz von Vattenfall nach Cottbus gelockt werden sollte. Doch die Übernahme sei hintertrieben worden, durch die Stadtwerke-Spitze. (LR, 22.10.2005)

Es verbleibt noch die Rolle des Konzerns als Gläubiger:

„Vattenfall habe betont, man lehne zwar die Übernahme des Heizkraftwerkes ab, sei aber als Gläubiger an den Gesprächen zur Rettung beteiligt.“ (LR, 22.10.2005)

Trotz mehrmonatiger Arbeit gibt es im Oktober 2005 keine klare Sanierungsstrategie für die Stadtwerke Cottbus. (LR, 27.10.2005) Schließlich kommt der Verkauf ins Gespräch:

„Die Stadtwerke würden indirekt an die Gläubiger verkauft“, heißt es zu dieser Möglichkeit. Konsequenz: Statt der noch 2002/2003 erhofften 65 Millionen Euro für den Haushalt geht die Stadt leer aus. Sie muss letztlich froh sein, das Sorgenkind Stadtwerke losgeworden zu sein. Zweite, für die Cottbuser wohl einschneidendere Konsequenz: Die Stadt hat als Teil-Gesellschafter nur noch geringen Einfluss auf die Preise für Strom und Wärme. Intern kursiert bereits die Folge: „Preiserhöhungen werden wohl nicht zu vermeiden sein.“ (LR, 13.12.2005)

„Die Deutsche Kreditbank will 74,9 Prozent der Gesellschaftsanteile der Cottbuser Stadtwerke im Ausgleich für Zahlungsansprüche übernehmen.“ (LR, 24.12.2005) Die Stadt hält nur noch 25,1 Prozent der Anteile. (LR, 14.01.2006)

„Das Eckpunktepapier sieht, wie Kunze bestätigte, einen Fünf-Millionen-Euro-Beitrag des Landes zur Kapitalerhöhung der Stadtwerke vor. Die Stadt will sich mit drei Millionen Euro an der geplanten Strukturanpassung beim Personal beteiligen. Die Belegschaft soll neben dem bereits zugesagten Verzicht auf Einkommen in Höhe von 1,6 Millionen Euro weitere zwei Millionen zur Konsolidierung beitragen.“ (LR, 24.12.2005)

Auch ein gewisser Beitrag der Vattenfall-Tochter Vasa kommt schließlich zustande:

„Die finanziellen Risiken aus dem Ausfall des Heizkraftwerkes – erst seit gestern ist das seit 29. Dezember still stehenden Hkw wieder in Betrieb – tragen neben Eigentümer Vasa (bis zu drei Millionen Euro jährlich) auch weiter die Stadtwerke. (LR, 14.01.2006)

Doch es gibt auch Gegner des Sanierungskonzeptes, so Dr. Wolfgang Bialas (CDU):

„Die Stadtwerke werden sich über Jahrzehnte in einem wirtschaftlichen Würgegriff befinden, bis die letzte Forderung einer Bank befriedigt ist. Die Insolvenzordnung hätte dagegen eine schnelle Beendigung verlustbringender Verträge ermöglicht.“ (LR, 01.02.2006)

OB Rätzel widerspricht vehement:

„Auch ein Insolvenzverwalter müsse die Versorgung der Stadt mit Strom und Wärme sichern. Dazu werde das Heizkraftwerk (Hkw) gebraucht, da etwa 8000 Cottbuser Wohnungen mit Dampf beheizt werden. Diesen könne auch das Kraftwerk Jänschwalde nicht liefern.“
(LR, 09.02.2006)

Im Frühjahr 2006 werden die Verträge beurkundet. Vasa energy wünscht sich eine „Ausweitung des Fernwärme-Bezugszwangs in der Stadt“, den diese prüfen will. (LR, 30.03.2006 und 15.04.2006)

Im Dezember 2006 müssen Stadt und DKB noch einmal 14 Millionen nachschießen:

„Die Gesellschafter der Stadtwerke spritzen das angeschlagene Unternehmen nochmals fit. Gut 14 Millionen Euro bringen die DKB-Bank sowie die Stadt Cottbus auf, um den Fortbestand der Stadtwerke ab Januar zu sichern. Ansonsten hätte Insolvenz angemeldet werden müssen. Eine halbe Millionen Euro zahlt die Stadt noch in diesem Haushaltsjahr. Bestandteil des Verfahrens ist eine Rücknahme von Cottbusverkehr in städtischen Mehrheitsbesitz. (...) Laut Beschluss vom Mittwoch, welcher der RUNDSCHAU vorliegt, muss die Stadt in den nächsten Jahren vier Millionen Euro aufbringen. 500 000 Euro werden noch in diesem Jahr fällig, die aus Haushaltsresten beglichen werden sollen. Gleichzeitig gehen die Anteile, welche die Stadtwerke bislang an Cottbusverkehr hielten, wieder an die Stadt zurück. Der Nahverkehr soll so gesichert werden. Die nötigen Zuschüsse hatte die Stadt ohnehin seit 2005 wieder gezahlt. Weitere 3,5 Millionen Euro sollen 2009 fließen. Die DKB-Bank, die seit einem Jahr mit 74,9 Prozent der Stadtwerke-Anteile Mehrheitsgesellschafter, stellen nochmals zehn Millionen Euro zur Verfügung.“ (LR, 22.12.2006)

„Gleichzeitig wollen sich die Stadtwerke von allem trennen, was nicht zum Kerngeschäft gehört. So sucht das Unternehmen einen Käufer für das Parkhaus in der Bahnhofstraße. (...) Auch der Flugplatz Neuhausen soll abgegeben werden, „zur Not für einen Euro“. Die Stadtwerke „wollen und können die dort auflaufenden Verluste nicht tragen“. (...) Aufgrund steigender Aufwendungen für die Instandsetzung sei eine Ablösung des 40 Jahre alten Dampfnetzes geboten (...) Das Führungsduo des Unternehmens richtete einen Appell an die Kommunalpolitik sowie die Cottbuser Bürger. „Wir brauchen den Ausbau der Fernwärme.“ Dazu sei ein „Bekanntnis der gesamten Stadt notwendig“ – genau so wie „vor dem Bau des Heizkraftwerkes“. Der Stadtverordneten-Beschluss zu dessen Bau wurde heute vor zwölf Jahren gefasst.“ (LR, 26.04.2007)

Am Rande kommt auch noch einmal die Rolle des Kohlelieferanten Laubag/ Vattenfall - zur Sprache:
„Beim Kohleliefervertrag, der im Jahr 1996 mit der Laubag abgeschlossen worden ist, sei ebenfalls fahrlässig agiert worden. „In dem sind nämlich keine Qualitätskriterien für die Kohle genannt. Ein Verlust in zweistelliger Millionenhöhe für die Stadt Cottbus war die Folge.““ (LR, 27.09.2007)

Im Dezember 2007 beschließen die Stadtverordneten, den Rest-Anteil an die polnische Holding Polenergia zu verkaufen, die auch die DKB-Anteile übernehmen will. (LR, 21.12. und 22.12.2007) Im April 2008 gilt der Verkauf plötzlich wieder als gescheitert. (LR, 30.04.2008)

Im Sommer 2008 scheint das Unternehmen in – den Umständen entsprechen - ruhigem Fahrwasser:
„Die Stadtwerke Cottbus GmbH (SWC) schreibt keine Millionenverluste mehr. Der letzte Jahresfehlbetrag lag bei einer halben Millionen Euro. In drei bis fünf Jahren könnte das Unternehmen stabilisiert sein, sagt Vlatko Knezevic im RUNDSCHAU-Interview. Der 35-jährige Wirtschaftsingenieur ist seit Juli neuer Geschäftsführer des Cottbuser Unternehmens.“
(...) Die Dampfnetzumstellung auf Warmwasser hat begonnen. Die Investitionssumme von elf Millionen Euro, die in den nächsten drei Jahren dafür ausgegeben wird, spricht dafür, dass die Gesellschafter (Stadt Cottbus und Deutsche Kreditbank, d.Red.) hinter den Stadtwerken stehen. (...) Der Konzern schreibt insgesamt eine kleine schwarze Null. Die Stadtwerke GmbH hat ein kleines Minus. (LR, 29.07.2008)

Doch im Dezember beginnt Vattenfall eine großangelegte Werbekampagne, die Kunden direkt in Cottbus (den Stadtwerken ab-)werben soll:

„Günstig? Gerne! Easy Privatstrom online bestellen und in Cottbus bis zu 128 Euro sparen.“
Fußnote: „Laut Strompreisvergleich auf verivox.de beträgt die Ersparnis in Cottbus 128 Euro inkl. einmaligem Bonus gegenüber dem Grundversorgungstarif der Stadtwerke Cottbus GmbH bei einem Jahresverbrauch von 2800 kWh.“ (Vattenfall-Anzeige in LR und MB, zum Beispiel. 13.12.2008)

6 Auswirkungen auf Beschäftigte und Kunden

Entgegen den Versprechungen der 1990er Jahre hat das Braunkohle-Heizkraftwerk der Stadt Cottbus weder preiswertere Energieversorgung noch sichere Arbeitsplätze gebracht. Strom und Wärmepreise stiegen. Die Beschäftigten müssen durch Lohnverzicht zur Sanierung beitragen, ein Teil der Stellen wird abgebaut. Der Sparzwang nimmt auch beim Personal der Stadtverwaltung zu.

„Die Stadtwerke begründen die Verteuerung mit gestiegenen Rohstoffpreisen. Die Wärme vom Hkw und die Lieferungen aus dem Kraftwerk Jänschwalde seien insgesamt im Laufe der vergangenen zwölf Monate um etwa 20 Prozent im Preis gestiegen, so Stadtwerkesprecherin Heike Schumann. Für Wärme aus Jänschwalde und für den im Hkw verfeuerten Braunkohlebrennstoff sei die Preiserhöhung jedoch „verschwindend gering gewesen“, sagt Marco Bayer, Sprecher des Energiekonzerns Vattenfall. Drastisch dagegen der Gaspreisanstieg: nach Auskunft der Spreegas GmbH über 37 Prozent in zwölf Monaten. Gas wird im Hkw eingesetzt, wenn es zu den immer wieder aufgetretenen Havarien an der druckaufgeladenen Wirbelschichtfeuerung auf Braunkohlebasis kommt.“ (...) Stadtwerke-Sprecherin Heike Schumann beteuert indes: „Mit den Hkw-Problemen hat diese Preiserhöhung nichts zu tun.“ (LR 16.08.2005)

„Neben der Umstrukturierung des Geschäfts müsse auch eine Personalstudie aus dem vergangenen Jahr „nunmehr zielstrebig“ umgesetzt werden. Die Beschäftigten sollen demnach zielgerichteter eingesetzt werden – sofern ihr Job erhalten bleibt.“ (LR, 01.07.2005)

Ab 1. September 2005 gilt in der Energieversorgungs-Sparte der Stadtwerke-Holding ein neuer Tarifvertrag mit Kürzung der Arbeitszeit um zehn Prozent und eine Lohnsenkung in gleicher Höhe. Im Gegenzug verzichtet der Arbeitgeber bis Dezember 2007 auf betriebsbedingte Kündigungen. (LR, 18.08.2005)

„Den knapp 300 Beschäftigten der Stadtwerke brachte der gestrige Abend Hoffnung auf die Sanierung ihres Arbeitgebers, aber auch einen Verzicht auf weiteren 15 Prozent Lohn.“ (14.01.2006)

„Zur Sanierung müssen die Cottbuser mit steigenden Preisen für Fernwärme rechnen. Bis zu 80 Stellen werden im Unternehmen abgebaut.“ (LR 14.04.2006)

„Die Umstrukturierung der Stadtwerke ist in vollem Gange: Ende März wurde 32 Mitarbeitern betriebsbedingt gekündigt. 25 Jobs konnten gerettet werden, weil die Stadtwerker zehn Prozent weniger arbeiten, aber 12,5 Prozent ihres Gehaltes einbüßen. Von insgesamt mehr als 300 Stellen werden im kommenden Jahr noch 225 übrig sein.“ (LR, 26.04.2007)

7 Die Schuldfrage

Die sich in der „Lausitzer Rundschau“ 2005 bis 2008 widerspiegelnde öffentliche Schulddiskussion beschäftigt sich an keiner Stelle mit der Rolle der 1993 bis 1995 als Lobbyisten in Sachen Braunkohle agierenden Personen. Nichtsdestotrotz werden natürlich Verantwortliche gesucht und gefunden. Stadtwerkechef und schließlich Oberbürgermeisterin müssen - sehr wahrscheinlich durch diese Entwicklung mit beeinflusst - den Hut nehmen.

„Im April 1995 als die Stadtverordneten dem rund 200 Millionen Euro teuren Projekt zustimmten und die Stadtwerke mit der Umsetzung beauftragten, saß Karin Rätzel als Finanzbeigeordnete in der Cottbuser Rathausspitze. Der jetzt so schweigsame Stadtwerkechef Eberhard Walter war auch damals schon im Amt.“ (LR, 8.6.2005)

Hermann Graf Pückler wirft der Stadtspitze zweimal „Unfähigkeit und Unverfrorenheit“ vor (LR 17.10.05 und 29.07.06):

„Pückler beruft sich in seinem Schreiben unter anderem auf dem damaligen Vorstandschef der Essag, Dr. Herrmann Meier. Dieser habe wie viele Fachleute vor dem Bau des Heizkraftwerkes gewarnt, weil unter anderem die Wirbelschichttechnologie großtechnisch kaum erprobt worden sei. Pückler: "Ich erinnere mich an lange nächtliche Gespräche mit den Stadtverantwortlichen dieser Zeit." Die Probleme mit dieser Technologie seien länger bekannt. "Aber alles Warnen war vergebens." (LR, 17.10.2005)

Und die AUB-Fraktion fordert „den Rücktritt beziehungsweise die Entlassung aller verantwortlich zeichnenden Personen“ (LR, 18.10.2005). GWC-Geschäftsführer Dr. Torsten Kunze soll kurz darauf Eberhard Walter als Stadtwerke-Chef ablösen (LR, 22.10.2005), womit die Schuldfrage möglichst abgehakt sein soll:

„Karin Rätzel sprach von «einsamen Entscheidungen zweier Herren» . Das Heizkraftwerk sei gegen die Mahnungen und Warnungen vieler Fachleute gebaut worden. Durch das politische Bekenntnis zur heimischen Braunkohle und eine «theoretisch neue» Technologie habe Euphorie bis in die Landesregierung geherrscht.“ (LR, 19.10.2005)

„Der damalige Oberbürgermeister Waldemar Kleinschmidt (CDU) versichert ebenso wie seine Amtsnachfolgerin und damalige Finanzbeigeordnete Karin Rätzel (parteilos), den genauen Inhalt der Verträge nicht gekannt zu haben. Die einzigen, die das Vertragspaket vor der Unterschrift nachweislich auf dem Tisch hatten, sind die damaligen Aufsichtsratsmitglieder. Die meisten von ihnen berufen sich auf ihre Schweigepflicht. Einer der Abgeordneten, die damals in dem Gremium saßen, gibt zu, die Verträge, denen auch er zugestimmt hat, nicht verstanden zu haben: «Ich bin kein Jurist.»“ (...) „Wie in anderen Kommunen der Region gibt es im Cottbuser Rathaus ein Sachgebiet Kommunale Unternehmen und Beteiligungen. Dort sind nicht nur Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne einzureichen, sondern auch die Unterlagen für die Aufsichtsratssitzungen. Das Sachgebiet wurde 1997 eingerichtet. Unmittelbar davor waren die Kraftwerksverträge unterschrieben worden.“ (LR 22.11.2005)

Die Stadtverordneten bilden einen Untersuchungsausschuss (LR, 31.03.2006), OB Rätzel verzögert jedoch die Herausgabe von Unterlagen (LR, 14.04.2006)

„Lässt man «Einmal-Effekte» beiseite, dokumentieren die Zahlen einen systematischen Niedergang des einstigen Flaggschiffs der kommunalen Unternehmen in Cottbus. Solche Einmal-Effekte waren die Übertragung der Stromnetze Mitte der 90er Jahre, die Zahlung von Vertragsstrafe wegen Funktionsstörungen des neuen Heizkraftwerkes (HKW) im Jahr 2002 und ein Jahr später Verkauf und Rückmietung großer Teile des unterirdischen Wärmenetzes von Cottbus.“ (LR, 20.07.2006)

Am 26.07.2006 hebt das Cottbuser Landgericht die Kündigung des Stadtwerke-Chefs Walter vom November 2005 auf, weil OB Rätzel dazu keinen formalen Beschluss des Aufsichtsrates herbeigeführt hatte. (LR 27.07.2006)

Am 02.07.2006 wird Oberbürgermeisterin Karin Rätzel in einem von der Stadtverordnetenversammlung beantragten Bürgerentscheid abgewählt. Der Stadtwerke-Skandal hat dazu sehr wahrscheinlich beigetragen. Zu ihrem Nachfolger wird im Herbst 2006 Frank Szymanski

gewählt, der seit 2004 Infrastrukturminister des Landes, 1995 jedoch selbst an der Entscheidung zum Kraftwerksbau beteiligt war. (vgl. S.9)

„Anwälte prüfen inzwischen auch bei den Stadtwerken in Soest in Nordrhein-Westfalen juristische Ansprüche aus einem Kreditgeschäft mit Cottbus. Im vorigen Jahr, als der finanzielle Kollaps schon drohte, hatte Ex-SWC-Chef Walter bei einer ganzen Reihe von westdeutschen Stadtwerken noch mal über 25 Millionen Euro kurzfristige Darlehen eingesammelt.“ (LR 27.07.2006)

Am 26.09.2007 gibt der Untersuchungsausschuss seinen 74seitigen Untersuchungsbericht bekannt. Er kommt

„zu dem Schluss, dass «den Stadtverordneten in der Entscheidungsphase zum Neubau des unwirtschaftlichen Heizkraftwerkes falsche Fakten genannt worden waren» . Er geißelt, dass eine unerprobte Technologie favorisiert worden sei, deren Risiken nicht abschätzbar gewesen seien. «Die Firma ABB hatte schon vorher seit dem Jahr 1993 unter Druck gestanden, weil diese Technologie von vielen skeptisch betrachtet wurde» , sagte Bialas und ergänzte: «Das Cottbuser Heizkraftwerk ist das Einzige mit dieser Technologie weltweit, das trotzdem noch gebaut worden ist.» (LR, 27.09.2007)

Im Oktober 2007 beginnt die Staatsanwaltschaft mit Ermittlungen gegen Verantwortliche (LR, 4.10.2007) und stellt sie im April 2008 wieder ein. Insolvenzverschleppung konnte nicht nachgewiesen werden, die weiteren Vorwürfe seien verjährt. (LR, 30.04.2008)

8 Kein Geld für Bus und Straßenbahn ?

In Städten vergleichbarer Größenordnung wie Cottbus sichern die Stadtwerke oft die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, da dieser selten kostendeckend arbeitet. In der Anfang 2009 geführten Debatte um die Streichung oder Verkleinerung der Cottbuser Straßenbahnlinien wird der fehlende Beitrag durch funktionierende Stadtwerke bereits als gegeben hingegenommen. Als Cottbus sich nach Bürgerprotesten zur Beibehaltung der Straßenbahn bekennt, steht erneut die Frage „was woanders eingespart werden kann“. Unausgesprochen bleibt, dass genau dieser Finanzmangel letztlich die Folge des Braunkohle-Lobbyismus der 1990er Jahre ist.

„Bereits jetzt können die Stadtwerke ihren Anteil an der Finanzierung ihres Tochterunternehmens Cottbusverkehr – zwei Millionen Euro pro Jahr – nicht aufbringen. Die Stadt muss einspringen.“ (LR, 20.05.2005)

„Allein für Cottbusverkehr sind zwei Millionen Euro pro Jahr als Zuschuss fällig – den hat die Stadt bereits jetzt vorübergehend übernommen und dazu unter anderem eine Haushaltssperre im Rathaus erlassen.“! (LR, 01.07.2005)

„500 000 Euro werden noch in diesem Jahr fällig, die aus Haushaltsresten beglichen werden sollen. Gleichzeitig gehen die Anteile, die die Stadtwerke bislang an Cottbusverkehr hielten, wieder an die Stadt zurück. Der Nahverkehr soll so gesichert werden. Die nötigen Zuschüsse hatte die Stadt ohnehin seit 2005 wieder gezahlt.“ (LR, 22.12.2006)

„Der Cottbuser Straßenbahn droht das Aus: Ein Gutachten weist in vier Szenarien nach, dass die Stadt Millionen Euro einsparen könnte, würde sie die Trams durch Busse ersetzen. (...) Weitere Einsparungen könne Cottbusverkehr nicht auffangen. „Also haben wir ein Gutachten in Auftrag gegeben, das Wege aufzeigt, wie wir mit weniger Geld ein qualitativ zumindest gleichbleibendes Nahverkehrsangebot aufrechterhalten können.“ (LR, 12.2.2009)

„Auch in Zukunft wird im Personennahverkehr in der Stadt Cottbus die Straßenbahn eine wichtige Rolle spielen. Eine Abschaffung der Tram ist laut Oberbürgermeister Frank Szymanski (SPD) vom Tisch. Stattdessen wird jetzt eine Konzentration auf drei Linien bevorzugt. (...) Das Bekenntnis zur Bahn sei aber gleichzeitig mit der Verpflichtung zu Investitionen verbunden. (...)„Hier muss sich jetzt die Politik Gedanken machen, was woanders eingespart werden kann“, so Szymanski.“ (LR, 2.4.2009)